Karriere im öffentlichen Dienst und in der Politik

Jochen Dieckmann, Bonn*

In meinem 40-jährigen Berufsleben habe ich - bildlich gesprochen - an ca. zehn verschiedenen Schreibtischen gearbeitet.

1. Der äußere Rahmen

Es begann im Rechtsamt der Stadt Bonn, 1975-1978. Dort betreute ich das Ordnungs- und das Sozialdezernat. Ähnlich einem Justitiar war ich Berater und - oft nötig - auch Prozessvertreter in diesen Fachbereichen, von der Sozialhilfe bis zum Entzug der Fahrerlaubnis und den Rechtsfragen der Berufsfeuerwehr.

Als im damaligen Büro Oberstadtdirektor (Verwaltungschef) eine neue Stelle „Jurist für besondere Aufgaben" geschaffen war, wurde ich versetzt zur Verwaltungsspitze. Es folgten drei spannende Jahre (1978-1981), in denen ich wenig Jura brauchte, viel Neues lernte und immer wieder neue Aufgaben bekam - von der erfolgreichen Mitarbeit beim Krisenmanagement für die zeitlich und finanziell gefährdete Bundesgartenschau Bonn 1979 bis zur Einführung des Beschwerdeausschusses, der lokale Petitionen behandelt (jetzt: Bürgerausschuss).

Als SPD Vorsitzernder in Bonn-Süd konnte ich in der CDU-dominierten Stadtverwaltung allerdings nichts mehr werden. Da bildete die SPD-Bundestagsfraktion ein neues Referat für Kommunalpolitik. Ich bewarb mich, bekam aber nicht den Zuschlag. Stattdessen wurde mir eine Stelle im Bereich Innenpolitik (Begleitung des AsylVerfG 1981) angeboten. Ich nahm das Angebot an. Bald bekam ich auch die Stelle des Kommunalreferenten, weil mein siegreicher Konkurrent andernorts Bürgermeister geworden war. Ich erlebte das Ende der sozialliberalen Regierungszeit im Fraktionssaal der SPD und im Plenum des Bundestages (1981-Herbst 1982).

Um nicht dauerhaft Fraktionsreferent zu bleiben, hatte ich mich zuvor erfolgreich auf eine Stelle als Referent für Bau- und Bodenrecht beim Deutschen Städtetag, der Interessenvertretung der großen und mittleren Städte (DST) beworben. Aktuelle Themen waren u.a. das BauGB (1986) und die Reform der BauO NRW. Auf der Grundlage intensiver Mitarbeit bei diesen Gesetzes-Projekten verfasste ich mit anderen je einen Kommentar und ein Lehrbuch.

Als im DST das Bau- und Umweltdezernat zu groß wurde, gab es 1989 eine Ausgliederung der Bereiche Umwelt und Wirtschaft; ich wurde Leiter der verbleibenden Abteilung Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Als DST-Beigeordneter erlebte ich den Fall der Mauer und die bald einsetzende Verwaltungshilfe zwischen den Kommunen in Ost und West.

1990 wurde unser Hauptgeschäftsführer krankheitshalber vorzeitig pensioniert. Nach kurzer Bewerbungskampagne stand die Entscheidung fest (September 1990): Ich wurde sein Nachfolger und trat vom Vorsitz der SPD Bonn zurück.

Die folgenden Jahre waren geprägt durch Themen der deutschen Einheit, der europäischen Einigung und der Verwaltungsreform. 1992 übernahm ich auch das Amt des Generalsekretärs des RGRE - Deutsche Sektion (Rat der Gemeinden und Regionen Europas), der die Europaarbeit der Kommunalen Spitzenverbände ergänzt.

Namens der NRW-Städte habe ich 1998/99 die Pläne zur Verwaltungsreform des neuen Ministerpräsidenten von NRW öffentlich scharf kritisiert. Umso erstaunter war ich über das telefonische Angebot von Herrn *Clement,* Justizminister in NRW zu werden. Ich nahm an und war wenige Tage später „im Amt" (März 1999).

* Prof. *Jochen Dieckmann* wurde 1947 in Bad Godesberg geboren. Er ist Justizminister und Finanzminister NRW a.D. Der Autor hat sein Jurastudium in Bonn, Freiburg und Köln absolviert. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und sieben Enkelkinder. Dieckmann ist Vorstandsmitglied der Universitätsgesellschaft Bonn (UGB). Weitere Details zum Lebens- und Berufsweg unter www.jochen-dieckmann.de.

Im Herbst 2002 wechselte unser „MP“, Herr *Clement,* ins Bundeskabinett. Landesfinanzminister *Peer Steinbrück* wurde als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert und fragte mich, ob ich sein Nachfolger im FM werden wolle. Ich wechselte das Ressort und war über Nacht mit dem hoch defizitären 45 Mrd - Landeshaushalt konfrontiert.

Nach dem Regierungswechsel 2005 blieb ich im Landtag (dessen Mitglied ich 2002 als sog. Nachrücker geworden war). Ich wechselte fachlich allerdings in den Wissenschaftsausschuss, weil es alter Brauch ist, dass ein ehemaliger Ressortchef nicht im bisherigen Fachgebiet den Oppositionellen gibt. Zusätzlich wurde ich SPD-Landesvorsitzender NRW.

Im Frühjahr 2007 bin ich nach kurzfristiger Ankündigung aus dem Landtag ausgeschieden und vom Parteiamt zurückgetreten. Seitdem arbeite ich in der Anwaltskanzlei Eimer-Heuschmid-Mehle in Bonn-Beuel.

Als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Verwaltungs- und Verfassungsrecht berate und vertrete ich Bürgerinnen und Bürger, mittelständische Unternehmen, aber auch Behörden vor allem im Beamten-, Kommunal- und Baurecht. Dabei kann ich viele Erfahrungen meiner beruflichen und politischen Arbeit verwenden, habe es aber auch (wieder) mit neuen fachlichen Themen zu tun.

2. Was all diesen Arbeitsplätzen gemeinsam ist:

- Sie waren stets nicht rückwärts gewandt in dem Sinne, dass ich mich überwiegend mit abgeschlossenen Sachverhalten hätte beschäftigen müssen.
- Sie enthielten nicht nur juristische Themen und Aspekte.
- Sie brachten nicht immer dasselbe, sondern forderten vielfache Einstellung auf Neues.

Bei jedem Wechsel habe ich es erfahren: die Einarbeitung in Neues fordert Kraft und macht mich nervös, sie gibt aber Anreiz und verschafft Zutrauen in die eigene Flexibilität.

3. Wie bin ich zu dem jeweiligen Arbeitgeber gekommen?

Der Anfang war ganz alltäglich: Die Stadt Bonn suchte für das Rechtsamt per Zeitungsanzeige. Auch später habe ich stets den Stellenmarkt in NJW und FAZ im Blick behalten. Dann kam gelegentlich die Initiative „von oben“. Meine parallel zum Beruf entwickelnde politische Arbeit für die und in der SPD machte mich zum interessanten Kandidaten für die Stelle in der Fraktion (aber auch hier gab es eine Ausschreibung). Die dort verbrachte Zeit hat weitere Kontakte ergeben.

Daraus wird aber deutlich: Es geht nur wenig nach eigener Planung und politische Arbeit kann sich als nützlich erweisen. Zwingend ist das allerdings keineswegs.

4. Was sind nun meine persönlichen Ratschläge an angehende Juristen?

Vorbereitet durch ein konzentriertes Studium sollte schon die Referendarzeit genutzt werden, auch neue Themen zu bearbeiten. Mir sind meine Stationen an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, beim Deutschen Beamtenbund und beim Wissenschaftlichen Dienst im Deutschen Bundestag ausnahmslos von großem Nutzen gewesen.

Ansonsten ist zu raten, sich für verschiedene Tätigkeiten im öffentlichen Sektor offen zu zeigen – von der allgemeinen Landesverwaltung mit vielen interessanten Tätigkeiten über den Dienst in der Bundesverwaltung bis hin zur Tätigkeit im supra- und internationalen Bereich.